

Wichtiges Ja zur Fernwärme

Energie Mit über 80 Prozent Ja-Stimmen haben die St. Gallerinnen und St. Galler den 65,5-Millionen-Kredit für den Ausbau des Fernwärmenetzes angenommen. Dieses wächst damit bis 2022 weiter in den Osten der Stadt.

David Gadze
david.gadze@tagblatt.ch

Das städtische Fernwärmenetz kann weiter ausgebaut werden. Mit einem an Deutlichkeit kaum zu überbietenden Resultat haben die St. Galler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Ja gesagt zum Kredit von 65,5 Millionen Franken für die zweite Etappe des Netzausbaus: 85,89 Prozent sprachen sich mit einem fast schon nordkoreanisch anmutenden Stimmenanteil für die Erweiterung des Netzes in die östlichen Stadtgebiete aus. Damit wird noch mehr Abwärme aus dem Kehrichtheizkraftwerk im Sittertobel künftig Wohnliegenschaften und Bürogebäude beheizen.

Der Kredit geht zu Lasten der Investitionsrechnung der St. Galler Stadtwerke und soll über die Einnahmen aus dem Verkauf der Fernwärme an die Bezüger amortisiert werden.

Keine Ausgabe, sondern Investition in die Zukunft

Er sei vom Resultat «überwältigt», sagte Stadtrat Peter Jans gestern im Waaghaus an der Verkündung des Abstimmungsergebnisses. Er habe zwar mit einer deutlichen Zustimmung gerechnet. «Aber ich habe nicht erwartet, dass der Wert aus dem Jahr 2010 übertroffen wird.» Damals hatten 82,9 Prozent der Stimmberechtigten Ja gesagt zum (letztlich nicht realisierten) Bau eines Geothermie-Kraftwerks und der ersten Ausbaustappe des Fernwärmenetzes. Die Zeiten hätten sich inzwischen geändert, sagte Jans. Hohe Beträge für Infrastrukturprojekte seien nicht mehr so selbstverständlich. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hätten aber verstanden, dass es sich bei den 62,5 Millionen Franken nicht um eine Ausgabe handle, sondern um eine



Das Kehrichtheizkraftwerk (KHK) im Sittertobel ist sozusagen der Brenner der städtischen Fernheizung.

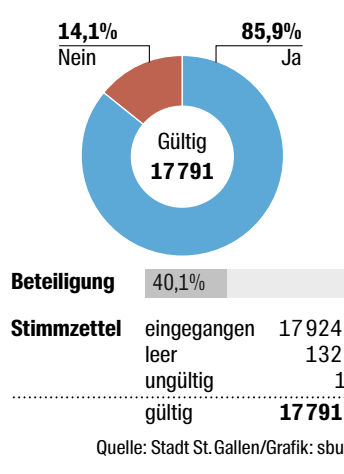
Bild: Benjamin Manser (9. August 2017)

«Investition in die Zukunft». Das Abstimmungsergebnis deutete Jans als «Vertrauensbeweis». Das klare Votum des Stimmvolks verpflichtete den Stadtrat und die Verwaltung aber dennoch, die Mittel sinnvoll und wirtschaftlich einzusetzen.

Die letzte Ausbaustappe

Der Direktor der Technischen Betriebe attestierte den St. Gallerinnen und St. Gallern, langfristig und konsequent zu denken. Sie wüssten, dass die Abhängigkeit von den fossilen Energien reduziert werden müsse. Das deutli-

Fernwärmenetz



che Ja sei eine Bekräftigung des Auftrags an den Stadtrat und die St. Galler Stadtwerke, das Energiekonzept 2050 tatkräftig umzusetzen.

Mit der Fernwärme könnten zwar nicht alle, aber doch ganz viele Stuben in der Stadt beheizt werden, sagte der Direktor der Technischen Betriebe. Dies trage dazu bei, den CO₂-Ausstoss im Wärmebereich um rund zehn Prozent zu reduzieren. Das sei ein substanzieller Beitrag an die im Energiekonzept definierten Ziele. So würden ab 2022, wenn der Ausbau der zweiten Etappe abgeschlossen sein soll, jährlich

rund 1000 Tanklastwagen Heizöl eingespart. Heute sind es 473 Tanklastwagen oder 7,5 Millionen Liter Heizöl pro Jahr – also noch halb so viel.

Aus heutiger Sicht sei die zweite Ausbaustappe auch die letzte, sagte Peter Jans. Allenfalls würde das dereinst fertig ausgebaute Netz in den angeschlossenen Gebieten noch weiter verdichtet, die Erschliessung weiterer Quartiere sei aber nicht geplant. Es sei aber nicht auszuschliessen, dass sich in Zukunft aufgrund von Effizienzsteigerungen beim Kehrichtheizkraftwerk neue Möglichkeiten eröffnen.

Kommentar

Gut investiert in die Zukunft

Mit sehr deutlicher Mehrheit haben die St. Gallerinnen und St. Galler Ja gesagt zum Ausbau des Fernwärmenetzes.

Die klare Gutheissung des 65,5-Millionen-Kredits ist ein dreifaches Bekenntnis. Erstens: Die Stimmberechtigten vertrauen dem Stadtrat, dem Stadtparlament und den Stadtwerken. Zweitens: Sie sind für das Energiekonzept 2050, das eine Reduktion des CO₂-Ausstosses, die Steigerung der Energieeffizienz und die Ablösung fossiler Energien durch erneuerbare vorsieht. Und drittens: Die Energiewende und der Klimaschutz sind ihnen viel wert.

65,5 Millionen Franken sind kein Pappenstiel. Aber das Geld ist gut investiert – auch in die Zukunft und für die nächsten Generationen. Mit der Abwärme, die im Kehrichtheizkraftwerk im Sittertobel entsteht, werden heute in der Stadt St. Gallen mehr als 1000 Mehrfamilienhäuser, Bürogebäude und Industriebauten beheizt, und für die darin lebenden Menschen wird damit das Warmwasser aufbereitet. Dank der Fernwärme müssen heute 7,5 Millionen Liter weniger Öl verheizt werden als vor der Inbetriebnahme dieses Netzes. Das entspricht einer Kolonne von gegen 500 Tanklastwagen. Dank des Ja zur zweiten Ausbaustappe sollen es im Jahr 2022 doppelt so viele sein.

Mit eben dieser zweiten Ausbaustappe wird jetzt der Osten der Stadt erschlossen. Einen Makel hat das Fernwärmenetz: Liegenschaften auf den Hügeln der Stadt werden aus wirtschaftlichen Gründen nicht ans Netz gehängt. Den Kredit deswegen abzulehnen, wäre aber falsch gewesen. Denn beim Klimaschutz geht's ums Gemeinwohl. Und: Eigentümer von Häusern ausserhalb des Fernwärmenetzes werden bei der Umsetzung ökologischer Massnahmen finanziell unterstützt mit Mitteln aus dem Energiefonds.



Daniel Wirth
daniel.wirth@tagblatt.ch

CVP hart gelandet, Grünliberale beflügelt

Wahlen Die CVP ist erstmals seit 100 Jahren nicht mehr im Stadtrat vertreten. Sie hat es nicht geschafft, die bürgerlichen Stimmen zu holen. Die GLP hingegen hofft, dass ihr der Einzug in die Exekutive Aufwind verleiht.

Über 50 Jahre lang besetzte die CVP zwei Sitze in der St. Galler Stadtregierung. Fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem sie den einen an die SP verloren hatte, hat die CVP gestern auch den zweiten Sitz verloren. Diesmal an die Grünliberalen, deren Kandidatin Sonja Lüthi über 3000 Stimmen vor Boris Tschirky landete. Damit stellen die Christlichdemokraten erstmals seit 1918 kein Mitglied mehr im Stadtrat.

Nicht in falscher Sicherheit gewiegt

Von einer «grossen Enttäuschung» sprach Raphael Widmer, Präsident der städtischen CVP, unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Es sei noch zu früh, um Gründe für die Schlappe zu nennen. Widmer bestreitet jedenfalls, dass sich die Partei zu sicher gefühlt und deshalb zu wenig in den Wahlkampf investiert habe. Es sei zwar richtig, dass Boris Tschirky anfangs als Favorit auf den zu besetzenden Stadtratssitz gegolten habe.

Doch spätestens nach den Resultaten des ersten Wahlgangs sei klar gewesen, dass es ein enges Rennen werden könnte. «Darum haben wir einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Boris Tschirky war an diversen Anlässen und in der Öffentlichkeit präsent.»

Am Ende war das Rennen jedoch alles andere als eng. Während Tschirky im zweiten Wahlgang 6966 Stimmen und damit nur knapp 100 Stimmen mehr holte als im ersten, legte Sonja Lüthi um mehr als 4200 Stimmen auf 10 096 Stimmen zu. Die Deutlichkeit dieses Resultats könne er sich nicht erklären, sagte Widmer. «Offenbar haben wir es nicht geschafft, die Wähler zu mobilisieren.» Warum nicht, darauf habe er keine Antwort. An Boris Tschirky habe es sicher nicht gelegen. Widmer wehrt sich auch gegen den Eindruck, dass das bürgerliche Bündnis nicht funktioniert habe. «FDP und SVP haben sich klar für Boris Tschirky ausgesprochen, ebenso die Wirtschaftsverbände.» Die CVP dür-

fe jetzt nicht die Schuld auf andere schieben, sondern müsse sich selbst hinterfragen. «Wir müssen jetzt erst einmal analysieren, was in den vergangenen Jahren falsch

gelaufen ist, dass wir zuletzt so herbe Verluste eingefahren haben.» Trotz der gestrigen Niederlage richte er den Blick nun bereits wieder nach vorne, betonte

Widmer: «Ich bin überzeugt: Wir kommen wieder.»

Die Ruhe vor dem bürgerlichen Sturm

Ganz anders war die Stimmungslage gestern bei den Siegern, den Grünliberalen. Ihnen ist Historisches gelungen: Die 2004 gegründete Partei hat ihren ersten Stadtratssitz erobert. Er sei «glücklich und erleichtert», sagte Co-Präsident Christoph Wettach. Das ganze Wahlteam habe mit den knappen personellen und finanziellen Ressourcen und dank «enorm grossem» Einsatz Ausserordentliches geleistet. Aufgrund des Wähleranteils habe die GLP nicht davon ausgehen können, zu reüssieren. Er hoffe, dass dieser Sitzgewinn der Partei Aufwind geben werde, sagte Wettach. Diesen wird sie auch brauchen, denn die bürgerlichen Parteien, die in den vergangenen drei Jahren drei von fünf Stadtratssitzen verloren haben, dürften in drei Jahren vor allem jenen der GLP angreifen. (dag) 21



Mit Sonja Lüthi zieht erstmals ein Mitglied der Grünliberalen in den Stadtrat ein. Die Partei erhofft sich davon Aufwind. Bild: Ralph Ribi

40,31 Prozent wählten mit

Im Schnitt Die Beteiligung an der Stadtratsersatzwahl und der städtischen Abstimmung vom Sonntag ist respektabel ausgefallen. 40,1 Prozent der Stimmberechtigten legten für die unbestrittene Fernwärmeverordnung ein. 40,31 Prozent nahmen an der Stadtratswahl teil. Das liegt in der Bandbreite zwischen den 40 und 45 Prozent, die jeweils bei den zweiten Wahlgängen in den Stadtrat seit 2004 zu verzeichnen war. Am ersten Wahlgang der aktuellen Stadtratsersatzwahl hatten noch 45,99 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne gefunden. (vre)